

[nzz.ch](https://www.nzz.ch)

Bürgerliche wollen Enteignungen verhindern | NZZ

Andreas Schürer

5-6 Minuten

Hinter den Kulissen ist das Gerangel um die Seeuferweg-Vorlage gross. Die zuständige Kantonsratskommission tendiert dazu, den Gegenvorschlag der Regierung abzuschwächen. SP-Vertreter sind empört, aber auch die Gegner bleiben kritisch.

18.6.2013, 06:00 Uhr



Idylle am See zwischen Wädenswil und Richterswil – weniger harmonisch verläuft die Debatte zum Uferweg. (Bild: Keystone)

Die Schlussabstimmung steht zwar noch bevor, doch die Stimmung ist so gereizt, als stünde das Resultat schon fest. Die Mehrheit der kantonsrätlichen Kommission für Planung und Bau (KPB) stellt sich laut gut unterrichteten Quellen hinter einen Antrag der FDP, der darauf abzielt, den Gegenvorschlag der Regierung zur Seeuferweg-Vorlage

abzuschwächen. Die SP ist empört.

Ausnahmen klar definieren

Die Regierung schlägt als Antwort auf die inzwischen zurückgezogenen Volksinitiativen der SP und der EVP vor, dass jährlich 6 Millionen Franken für den Bau von Uferwegen gemäss den Richtplänen verwendet werden, mindestens 4 Millionen Franken davon für Projekte am Zürichsee. Die Gemeinden sollen zudem laut dem Vorschlag des Regierungsrats 20 Prozent der Baukosten übernehmen.

FDP, CVP, BDP und GLP sind nun aber daran, in der KPB zwei wesentliche Anpassungen durchzusetzen. Erstens soll im Strassengesetz festgeschrieben werden, dass der Weg möglichst ohne Enteignungen verwirklicht werden muss. Zulässig sollen diese laut dem Antrag von Carmen Walker Späh (fdp., Zürich) nur sein, wenn die Auswirkungen auf das Grundstück gering wären und eine alternative Wegführung unverhältnismässig wäre. Zweitens sollen die Gemeinden auch bei den Landerwerbskosten 20 Prozent zahlen müssen. Die SVP unterstützt den Antrag nicht, weil sie die Vorlage grundsätzlich ablehnt.

Walker Späh selber will mit Verweis auf das Kommissionsgeheimnis keine Auskunft geben. Die Recherchen der NZZ bestätigen aber die Fraktionschefs der CVP und der BDP, Philipp Kutter und Marcel Lenggenhager. Kutter, der auch Stadtpräsident von Wädenswil ist, kann mit der grösseren Belastung der Gemeinden leben.

Lenggenhager betont, die BDP stehe zu 100 Prozent hinter dem Antrag der FDP.

Dass dieser die Haltung der ganzen freisinnigen Fraktion widerspiegeln, bestätigt deren Präsident, Thomas Vogel. In dem dringlichen Postulat «Seeuferwege ohne Enteignungen» habe die FDP dies auch schon zum Ausdruck gebracht. Nicht äussern will sich der Fraktionschef der GLP, Benno Scherrer. Er staune, was nun schon alles öffentlich sei, und halte das in diesem heiklen Geschäft für kontraproduktiv.

In der KPB nicht vertreten ist die EVP, die wie die SP mit einer Volksinitiative auf einen Seeuferweg drängte. Für die geplanten Anpassungen der KPB-Mehrheit hat der EVP-Präsident, Johannes Zollinger, aber Verständnis. Dass die Gemeinden stärker zur Kasse gebeten würden, könne er aus kantonaler Sicht nachvollziehen. Enteignungen dürften zudem auch nach Ansicht der EVP nur die Ultima Ratio sein.

Zurückhaltend äussert sich der Verein Fair, der einen durchgehenden Uferweg grundsätzlich bekämpft. Für Ruedi Jeker (fdp.), Vereinspräsident und Alt-Regierungsrat, ist jede Version inakzeptabel, die einen Rundweg verlangt und die Verwirklichung an die Richtpläne knüpft, in denen der Seeuferweg in Ufernähe vorgesehen ist. Jeker erachtet dies als eine Zwängerei, die den Steuerzahler teuer zu stehen komme. Mit andern Worten: Auch gegen eine Version, wie sie die KPB-Mehrheit nun anstrebt, würde der Verein Fair das Referendum ergreifen, sagt Jeker.

SP mahnt Kommission

Verärgert über den Antrag der FDP ist die SP. Diese fühle sich hintergangen, weil ihre als allgemeine Anregung

formulierte Initiative mehr und mehr verwässert werde, ist von verschiedenen Seiten zu hören. Gelassen gibt sich aber Julia Gerber Rüegg, SP-Kantonsrätin und Präsidentin des Vereins Zürisee für alli. Sie beurteile den Tag nicht vor dem Abend und zähle darauf, dass die Kommission ihre Verantwortung gegenüber den über 12 000 Leuten wahrnehme, die mit ihrer Unterschrift zu den Initiativen der SP und der EVP einen Seeuferweg gefordert hätten, der diesen Namen verdiene. Sollten die Bürgerlichen die Eigentumsfrage aber tatsächlich ungebührlich ideologisieren, gebe es auch die Option, den Gegenvorschlag der Regierung, der einen ausgewogenen Kompromiss darstelle, vor das Volk zu bringen. Dafür brauchte es allerdings ein Referendum.

Dieser Weg ist auch in der SP nicht unumstritten. Kantonsrat Davide Loss warnt davor, ein zweites Mal Unterschriften sammeln zu gehen. Auch wenn er mit dem FDP-Antrag nicht glücklich sei, plädiere er dafür, «sich mit dem Spatz in der Hand» zufriedenzugeben und in der Umsetzung für die Bevölkerung das Optimum herauszuholen.